

02.09.2013  
136a

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



*Sperrfrist: Montag, 2. September 2013, 19.00 Uhr!  
Es gilt das gesprochene Wort!*

**Rede**  
**des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,**  
**Erzbischof Dr. Robert Zollitsch,**  
**beim St. Michael-Jahresempfang**  
**am 2. September 2013 in Berlin**

***Glaube und Gerechtigkeit – Kirche vor der Wahl***

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
werte Frau Bundeskanzlerin,  
meine Damen und Herren!

Gerne schließe ich mich den Willkommensgrüßen von Prälat Karl Jüsten an und begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserem diesjährigen St. Michael-Jahresempfang.

Wir stehen weniger als drei Wochen vor der Bundestagswahl. Die Parteien ringen miteinander um die besten Antworten auf die großen Aufgaben unserer Zeit, die längst nicht mehr beschränkt sind auf nationale Kontexte. Die Ereignisse in Syrien, die die Weltgemeinschaft einmal mehr vor schwierigsten Herausforderungen stellen, machen uns dies aktuell schmerzhaft deutlich.

Wir stehen vor der Wahl – was sich so selbstverständlich oder gar banal anhören mag, ist es keineswegs. Ich selber war damals, vor 64 Jahren, als im August 1949 erstmals eine Wahl zum Deutschen Bundestag stattfand, 11 Jahre alt. Ich erinnere mich noch gut, wie zwei Wochen vor der Wahl ein Bekannter unserer Familie eines Abends zu meinem Vater kam und sie sich darüber austauschten, worauf es bei dieser Wahl ankomme. Sie waren sich einig, dass es galt, eine politische Kraft zu wählen, der sie zutrauten, Deutschland in Freiheit und auf den tragenden Werten Europas wieder aufzubauen. Sie hatten aus den Erfahrungen der verheerenden nationalsozialistischen Schreckensherrschaft, den Jahren der Ohnmacht und Entmündigung,

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

*Postanschrift*  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0  
Direkt: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: <http://www.dbk.de>

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

Konsequenzen gezogen und schauten nach vorne. Sie wussten, welch hohes Gut eine freie und geheime Wahl ist.

Bei all den zum Teil epochalen Entwicklungen der seitdem vergangenen sechs Jahrzehnte – ich nenne nur die europäische Integration und die deutsche Wiedervereinigung – hat die Demokratie ihre Leistungsfähigkeit stets unter Beweis gestellt. Die Legitimation und Kontrolle staatlicher Macht, aber auch die zeitliche Begrenzung von Herrschaft, die Teilung der Gewalten und die Unabhängigkeit der Justiz und nicht zuletzt die Garantie der Meinungs- und Pressefreiheit – all diese Grundanforderungen an eine politische Ordnung für ein Leben in Würde und Freiheit gewährleistet unser Grundgesetz denkbar gut. Es lohnt sich, dies gerade in diesen Tagen vor der Bundestagswahl einmal wieder in Erinnerung zu rufen.

In Zeiten der öffentlichen politischen Auseinandersetzung steht auch die Kirche vor der Wahl – auch wir haben die Frage zu beantworten, welche Rolle wir bei der Gestaltung unserer Gesellschaft einnehmen. In unserem pluralen Gemeinwesen, in dem ein religiöses Bekenntnis mit einem christlichen Wertekanon immer mehr nur eine Option von vielen darstellt, gibt es aus meiner Sicht zwei gegenläufige Versuchungen für die Kirche: Es gibt die Versuchung, sich auf sich selbst zurückzuziehen und die Kraft nur noch aus dem Miteinander der Gleichgesinnten zu schöpfen. Und es gibt die Versuchung der Politisierung der Religion, sich in jeden gesellschaftlichen Diskurs einbringen zu wollen und im gesamtgesellschaftlichen und politischen Wettbewerb der Ideen auf eine gute, mehrheitsfähige Platzierung zu hoffen, um es einmal sportlich zu formulieren.

Beiden Versuchungen können wir nur entgehen, wenn wir uns auf den Kernauftrag der Kirche besinnen: Die Verkündigung des Glaubens an Jesus Christus; das gelebte Zeugnis für die Botschaft des Evangeliums. Christsein heißt: aus dem Glauben an Gott engagiert sein für das Leben und Zusammenleben, Anwälte des Lebens zu sein, das uns von Gott geschenkt ist. Unser Auftrag und unsere Kompetenz als Kirche sehen wir deshalb vor allem darin, für eine Werteorientierung in der Politik einzutreten, in deren Zentrum die Würde jedes Menschen, die Achtung der Menschenrechte und die Ausrichtung am Gemeinwohl stehen. Bereits der Prophet Jeremia forderte vor mehr als 2500 Jahren seine Zeitgenossen eindringlich auf: *„Bemüht euch um das Wohl der Stadt und betet für sie“* (Jer 29,7). Seine Botschaft könnte aktueller nicht sein.

Die Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils bestätigen dies. Den Gläubigen gibt das Konzil mit auf den Weg, dass wir das Recht in Anspruch nehmen müssen, in wahrer Freiheit den Glauben zu verkünden, die Soziallehre der Kirche kundzumachen und auch politische Angelegenheiten einer sittlichen Beurteilung zu unterstellen, wenn die Grundrechte der Menschen oder das Heil der Seelen dies verlangen (GS 76). Dieses Vermächtnis des Konzils führt uns Papst Franziskus in seinem noch jungen Pontifikat immer wieder eindrucksvoll vor Augen. So fordert er uns auf, in aller Offenheit und Liebe auf die Menschen zuzugehen, in jeder Situation bei ihnen zu sein und unseren Glauben zu verkünden und die christliche Liebe

zu leben. Dazu führt er in seiner ersten, gemeinsam mit Benedikt XVI. verfassten Enzyklika „Lumen fidei“ aus: *„Das Licht des Glaubens stellt sich dank seiner Verbindung mit der Liebe in den konkreten Dienst der Gerechtigkeit, des Rechts und des Friedens“* (Lumen fidei, Nr. 51). Mit dieser starken Betonung und Rückbeziehung auf den Auftrag der Verkündigung des Glaubens stellt er sich nicht nur in die Kontinuität seines Vorgängers. Damit verpflichtet er uns auf eine Besinnung auf das Wesentliche des Glaubens, den wir in die Welt tragen sollen. Papst Franziskus ruft auf, zur Erfüllung dieses Auftrags in die Randgebiete der menschlichen Existenz zu gehen.

So lohnt es sich, die Frage zu stellen: Wo gehen wir in unserer durch materiellen Wohlstand, soziale Sicherheit und zuverlässige internationale Bündnisse geprägten Gesellschaft an jene Peripherien des Lebens?

Gemeinhin gehen wir davon aus, dass in Deutschland Wahlen in der Mitte gewonnen werden. Entscheidend für die Qualität unserer Gesellschaft weit über jeden Wahltag hinaus ist es jedoch, wie wir mit denen umgehen, die nicht in der Sicherheit und Geborgenheit der Mitte der Gesellschaft sind. Und damit meine ich bei weitem nicht alleine die materielle Sicherheit. Bei aller Unterschiedlichkeit der Aufgabenstellung und Funktionsweise von Politik und Kirche sehe ich hier gemeinsame Herausforderungen.

Für die gerechte Teilhabe an Wohlstand, sozialer Sicherung und Bildung gibt es in Deutschland gute Rahmenbedingungen. Nach dem kürzlich von der Bundesregierung vorgelegten 4. Armuts- und Reichtumsbericht liegen die Armutsrisikoquoten in der Gesamtbevölkerung in Deutschland zwar im Schnitt der letzten Jahre stabil bei 14 bis 16 Prozent; einzelne Bevölkerungsgruppen haben jedoch ein deutlich höheres Armutsrisiko, vor allem Alleinerziehende und in ihren Haushalten lebende Kinder und Jugendliche; Langzeitarbeitslose, und auch Jugendliche, junge Erwachsene und kinderreiche Familien. Für sie die spezifische, an ihren Bedürfnissen orientierte Unterstützung zu gewährleisten, ist eine grundsätzliche Frage der sozialen Gerechtigkeit. Dafür steht der christliche Glaube und steht die Kirche ein, wenn sie sich politisch zu Wort meldet. Es geht hier nicht bloß um Verteilungs-, sondern entscheidend auch um Beteiligungsgerechtigkeit.

Wenn uns Papst Franziskus dazu ermutigt, für eine gerechtere und solidarischere Welt zu arbeiten, dann gilt das insbesondere mit Blick auf angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen. Es kann uns nicht unberührt lassen, dass es bezogen auf die Beschäftigtenzahl in Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen EU-Ländern noch immer mehr Geringverdiener gibt. Vor wenigen Wochen hat der Tod zweier rumänischer Arbeiter uns vor Augen geführt, unter welchen schlimmen und unakzeptablen Bedingungen Migranten zum Teil bei uns arbeiten müssen.

Es wird Sie vielleicht verwundern, wenn ich über die Familie im Zusammenhang mit den Rändern der Gesellschaft spreche; gilt sie uns gemeinhin doch als das Rückgrat derselben.

Doch es entspricht nun einmal der Realität, dass wir es immer wieder versäumen, die Familien und ihre Anliegen in das Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, ihnen die gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung zu geben, die sie brauchen. Unsere Gesellschaft ist nun einmal auf Ehepaare und Familien angewiesen, die bereit sind, Leben weiterzugeben. Darauf fußt der besondere Schutz des Grundgesetzes für Ehe und Familie.

Bereits der 5. Familienbericht hat darauf aufmerksam gemacht, dass Familien als kleine verletzbare Gebilde sich gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen, wie etwa der Wirtschaft, nur schwer Gehör verschaffen können. Dadurch kommt es nach dem Bericht in unserer Gesellschaft zu einer strukturellen Gleichgültigkeit gegenüber dem Umstand, ob Menschen Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernehmen können oder nicht. Soziale Gerechtigkeit muss aber heute wieder neu und eingehend auch als Generationengerechtigkeit entfaltet und reflektiert werden.

Ich möchte die mangelnde Aufmerksamkeit für besondere familiäre Verpflichtungen am Beispiel einer verbreiteten Familienkonstellation verdeutlichen – den alleinerziehenden Müttern und Vätern. Rund 2,2 Millionen Kinder wachsen bei einem alleinerziehenden Elternteil auf, ganz überwiegend bei ihren Müttern. Wir alle kennen „Ein-Elternfamilien“ und wissen, dass ihre Lebensverhältnisse sehr unterschiedlich sind. Aber eines prägt diese Familien in besonderer Weise: Alle Anforderungen der Familie konzentrieren sich auf ein Elternteil. Das deutlich erhöhte Armutsrisiko habe ich bereits erwähnt. Und wir alle können uns vorstellen, wie aufreibend es für Alleinerziehende ist, Kindererziehung, Erwerbstätigkeit und Haushaltsführung unter einen Hut zu bekommen. Daher bedürfen so manche Regelungen einer Überprüfung, etwa in der Frage, wie wir zu einem angemessenen steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende kommen oder wie weit das Mindestelterngeld auf Sozialleistungen angerechnet werden kann. Auch die Unterhaltsrechtsreform bedarf der Überprüfung. Es ist zweifellos wichtig, dass sich die Fachverbände, auch die katholischen, für diese Familien weiter gesellschaftlich und politisch engagieren. Und es ist richtig und wichtig, wenn wir als Kirche spezielle Angebote der Ehe-, Familien- und Lebensberatung und der Erwachsenenbildung bereitstellen.

Papst Franziskus hat uns mit seinem Besuch auf der Insel Lampedusa im Juli auf bewegende Weise daran erinnert, dass uns die Not und das Leid von verfolgten, bedrängten und in ihren Lebensgrundlagen bedrohten Menschen nicht gleichgültig lassen dürfen. Er hat damit selbst ein Beispiel dafür gegeben, dass die Kirche „an die Ränder gehen“ muss, auch an die Ränder der Europäischen Union und darüber hinaus. Ich nehme dies sehr ernst – nicht nur die Anderen, nicht nur die Politik, sondern gerade auch wir als Kirche und jeder Einzelne von uns sind aufgefordert, in den Fremden und Hilfesuchenden den Nächsten und in ihm Jesus Christus zu sehen.

Ich weiß, dass auch Sie, wertvolle Abgeordnete des Deutschen Bundestages, und Sie, verehrte Mitglieder der Bundesregierung, dem Schutz von Flüchtlingen hohe Bedeutung beimessen.

Die Aufnahme von 5000 Flüchtlingen aus Syrien wie ebenso die Verbesserungen beim Bleiberecht für die sogenannten „geduldeten Ausländer“ legen davon Zeugnis ab. Das sind wichtige erste Schritte, für die ich dankbar bin und an die wir anknüpfen müssen – nicht zuletzt mit Blick auf die aktuellen Ereignisse in Syrien. Weitere wichtige Aufgaben liegen vor uns. So wird sich der 18. Deutsche Bundestag bald der Neuregelung der sozialen Leistungen für Asylbewerber und Geduldete zuwenden müssen, die das Bundesverfassungsgericht eingefordert hat.

Und nicht zuletzt führt uns das Elend der Bootsflüchtlinge vor Europas Küsten dramatisch vor Augen, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem der Weiterentwicklung bedarf. Es muss sichergestellt sein, dass niemand dorthin zurückgeschickt wird, wo er der Verfolgung ausgesetzt ist. Ich bin davon überzeugt, dass sich dieses Ziel nur erreichen lässt, wenn alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen übernehmen. Im gegenwärtigen System sind die Lasten nicht fair verteilt. Die Europäische Union muss sich auch beim Flüchtlingsschutz als solidarische Wertegemeinschaft erweisen. Die Bundesrepublik Deutschland hat dabei eine gewichtige Stimme und bedeutendes Potential.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Ihren Blick auf den Nahen Osten lenken. Die Situation dort erfüllt uns alle mit Sorge – und auch mit beträchtlicher Ratlosigkeit. Die oft gewalttätig ausgetragenen Konflikte haben zweifellos vielfältige Ursachen. Eine Grundlinie des Streits liegt dabei jedoch in der Auseinandersetzung um das Selbstverständnis des Islam in den sich verändernden Gesellschaften. Tatsächlich ist bis jetzt nirgendwo in der arabischen Welt eine überzeugende Synthese zwischen dem religiösen Erbe und den Herausforderungen der Moderne gefunden worden. Und so stürzt der Kampf um das gesellschaftliche und kulturelle Leitbild und die damit verbundenen Macht- und Einflussphären immer mehr Gesellschaften ins Chaos. Dies ist es, was wir im Irak, in Ägypten, in Syrien und auch andernorts erleben. Es darf hier nicht übersehen werden, dass die meisten Opfer dieser Konflikte Muslime sind. Ich will aber auch nicht verhehlen: Es stimmt mich unsagbar traurig, dass auch so viele Christen vom Mahlwerk der Gewalt zerrieben zu werden drohen. Ein Ende des christlichen Orients ist eine finstere Möglichkeit unserer geschichtlichen Epoche. An die Vertreter der Politik richte ich deshalb die ernste Bitte: Tun Sie alles Ihnen Mögliche, um eine friedliche Entwicklung in dieser Region zu fördern! Und unternehmen Sie, was immer Sie können, um die Überlebenschancen der christlichen Minderheiten zu sichern! Gerne mache ich mir den gestrigen Aufruf von Papst Franziskus zu eigen, am kommenden Samstag einen Fast- und Gebetstag abzuhalten.

Die Peripherien der Existenz finden wir nicht nur dort, wo Menschen materielle Not leiden. Es sind besonders die Fragen zum Leben – zu seinem Anfang und seinem Ende –, die uns zunehmend vor schwierige Entscheidungen stellen. Nicht immer waren wir als katholische Kirche mit den getroffenen gesetzgeberischen Entscheidungen in der zu Ende gehenden Legislaturperiode einverstanden. Gerade im Fall der Präimplantationsdiagnostik sind unsere

Bedenken zur Veränderung der Gesellschaft und ihrer Einstellung Menschen gegenüber, die nicht der sogenannten „Norm“ entsprechen, leider nicht ausgeräumt worden. Mit Respekt haben wir aber auch zur Kenntnis genommen, wie ernsthaft und verantwortungsvoll sich Politikerinnen und Politiker, oft über Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus, gemeinsam mit den existenziellen Fragestellungen des menschlichen Lebens auseinandergesetzt haben. Solch sorgfältige und ausgewogene Auseinandersetzungen erhoffen wir uns auch in der kommenden Legislaturperiode nicht nur bezüglich der Frage der Strafbarkeit der Beihilfe zur Selbsttötung.

Unsere Verantwortung dem Leben gegenüber, dem eigenen, dem noch nicht geborenen und dem zu Ende gehenden, wird in dem Maße wachsen, in dem unser Wissen und Können zunimmt. Als Kirche haben wir den Auftrag, die ethischen Grenzen aufzuzeigen, die sich aus unserem christlichen Menschenbild ergeben. Dies mag bisweilen für die Politik unbequem sein, kann Ihnen aber vielleicht auch helfen, schwierige Entscheidungen zu treffen und zu verteidigen.

Allen unter Ihnen, die sich erneut oder erstmals um ein Mandat bewerben, wünsche ich viel Erfolg! Denjenigen Mandatsträgern, die bereits jetzt wissen, dass sie dem neuen Bundestag nicht mehr angehören werden, möchte ich ein ganz herzliches Wort des Dankes mit auf den Weg geben – in diesen Dank schließe ich alle ein, die in dieser Legislaturperiode im Parlament, in der Regierung und in der Verwaltung ihren Dienst für das Gemeinwohl erbracht haben.

Erlauben Sie mir zum Ende die Anmerkung, dass heiße Wahlkampfzeiten nicht dazu angetan sind, den Problemen in all ihrer Differenziertheit auf den Grund zu gehen. Dabei ist es durchaus verständlich und legitim, dass der Wettbewerb um die besten Antworten und damit um die Wählerstimmen sich der Zuspitzung und Vereinfachung bedient. Dennoch wünsche ich uns allen in den verbleibenden wenigen Wochen bis zur Bundestagswahl noch eine faire, verantwortungsbewusste und konstruktive Diskussion über den künftigen Weg unseres Landes.

Die Finanzkrise hat uns erneut gezeigt, wie wichtig es ist, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungen nicht einseitig an kurzfristigen Zielen auszurichten. Gute Politik will langfristig angelegt sein und Grundsätzen folgen, die auch in stürmischen Zeiten Orientierung geben. Die Wirtschafts- und Finanzkrise fordert uns heraus und bietet die Chance, längerfristig zu denken und dementsprechend zu handeln. Positiv stimmt mich, dass von einer in der Vergangenheit viel beklagten Politikverdrossenheit derzeit weniger zu spüren ist.

Unsere Aufgabe als Kirche ist es in dieser Zeit, insbesondere die Gläubigen an ihre Verantwortung zu erinnern, sich in die politischen Meinungsbildungsprozesse aktiv einzubringen und von ihren demokratischen Rechten Gebrauch zu machen. Unsere Aufforderung gilt allen: „Gehen Sie zur Wahl! Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr!“